sprünglich als Gesellschaftsvertrag im Sinne des § 705 BGB anzusehen war. Mit der heutigen öffentlich-rechtlichen Organisationsform ordnet Steinwärder die ARD-Satzung aber zutreffend als öffentlich-rechtlichen Vertrag ein, was zur Folge hat, dass auf die Zustimmung aller Mitglieder zu den Satzungsänderungen keinesfalls verzichtet werden kann. Diese Aussage hat gerade im Zusammenhang mit manchen Überlegungen zur ARD-Reform wichtige Konsequenzen. Dies gilt auch für die Aussage, dass sich in der Gleichberechtigung unter den Mitgliedern und in der konsensorientierten Verfahrenspraxis die besondere Natur der ARD ausdrückt. Dies sollte man manchen Politikern ins Stammbuch schreiben, die diese bewährte Struktur der ARD ohne Not zerschlagen wollen.

Im fünften Teil beschäftigt sich Steinwärder u. a. noch mit den Gemeinschaftseinrichtungen der ARD, die im lesenswerten Überblick vorgestellt werden.

Man kann dem Verfasser insgesamt nur zustimmen, dass die ARD innerhalb der vielfältigen Erscheinungsformen des kooperativen Föderalismus insgesamt ein Unikat darstellt und ihr konsensorientiertes Verfahren und die Gleichberechtigung aller Mitglieder den typischen Merkmalen der Zusammenarbeit im Bundesstaat entsprechen. Allerdings scheint das Bewusstsein für die ungeheure Bedeutung eines föderativen Aufbaus des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Demokratie, die Vielfalt der Informationen und die kulturelle Vielfältigkeit mehr und mehr im Schwinden begriffen zu sein. Auch deshalb ist es zu begrüßen, dass Steinwärder die historischen Entwicklungen, die zur Gründung und zum Aufbau der ARD führten, eingehend und sachkundig nachgezeichnet hat. Insgesamt hat der Verfasser eine ungeheure Flut an Material, Literatur und Rechtsprechung bewältigt und auch eine beeindruckende Fleißarbeit vorgelegt. Jeder, der sich mit einzelnen Fragen der ARD beschäftigt, wird an Steinwärders Abhandlung nicht vorbeikommen und dort sachkundige Hilfe finden. Allerdings liegt das Schwergewicht aus meiner Sicht manchmal zu stark bei der Beschreibung und Darstellung; Steinwärder hätte zu manchen Fragen deutlicher seine eigene Auffassung darlegen und Details auch durchaus kürzer behandeln können. Insoweit wäre an manchen Stellen weniger durchaus mehr gewesen. Dies ändert aber nichts daran, dass der Verfasser ein beeindruckendes Werk vorgelegt hat, auf das jeder gerne zurückgreifen wird, der sich in Zukunft mit den Rechtsfragen im Zusammenhang mit der ARD beschäftigt.

Dieter Dörr

**Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.)**

**Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft**

Beiträge zur politischen Kommunikationskultur

Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. – 477 S.

ISBN 3-531-13335-7

Die Allgegenwart der Medien in modernen Gesellschaften, vor allem aber ihre zentrale Bedeutung bei der Politikvermittlung, rechtfertigt die Rede von der Mediengesellschaft. Kommunikation ist unter diesen Bedingungen zum dominanten Legitimationsmodus der Politik geworden. Der Notwendigkeit öffentlicher Zustimmung für das politische System steht der Informationsbedarf der Medienakteure gegenüber. Im Tauschgeschäft „Öffentlichkeit gegen Informationen" manifestiert sich das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Medien und Politik. Dieses enge Beziehungsgeflecht unterliegt jedoch keineswegs uneingeschränkten wechselseitigen Anpassungsprozessen. Während die „Mediatisierung der Politik" mittlerweile zum gesellschaftlichen Basiswissen gehört, kann im Gegenzug von einer „Politisierung der Medien" keine Rede sein. Durch die Kommerzialisierung des Mediensystems ist es vielmehr zu einer Entpolitisierung der Medien gekommen.

Mit dem kürzlich erschienenen Sammelband „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft" von Ulrich Sarcinelli liegt nun ein fundierter und facettenreicher Forschungsüberblick vor, der die Folgen des medialen Wandels für das Verhältnis von Medien und Politik diskutiert. In 19 Einzelbeiträgen werden die verschiedensten Aspekte der Herstellung, Darstellung und Rezeption von Politik aufgegriffen und die einschlägigen Akteure, Strukturen und Prozesse beleuchtet. Der Reader wendet sich nicht nur Fachwissenschaftler, sondern „vermittelt Politik" auch an ein



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-116 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

breiteres Publikum und versteht sich als Beitrag zur politischen Bildung (erschienen auch als Bd. 352 in der Schriftenreihe der gleichnamigen Bundeszentrale). Für die nicht einschlägig vorgebildeten Leser und Leserinnen werden in einem Glossar am Ende des Buches die relevanten Fachbegriffe erläutert. Die thematisch gegliederte Auswahlbibliographie mit den wichtigsten Arbeiten zu den einzelnen Forschungsbereichen dürfte ebenfalls eine hilfreiche Unterstützung für eine weiter gehende Beschäftigung mit einzelnen Interessensschwerpunkten darstellen.

Bereits 1987 hatte Sarcinelli den viel beachteten Sammelband „Politikvermittlung" (Bd. 238 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung) herausgegeben, der den damaligen Forschungsstand zum Bereich der politischen Kommunikation repräsentierte. Ging es in dem Vorläufer-Band noch überwiegend um die Bemühungen der politischen Akteure, ihr Handeln – quasi von oben nach unten – über die Medien an die Betroffenen zu vermitteln, so zeigt sich nun gut zehn Jahre später eine erhebliche Diversifizierung der Forschungsansätze. Die politikwissenschaftlichen Beiträge werden durch kommunikationswissenschaftliche und öffentlichkeitssoziologische Perspektiven ergänzt und erweitert. Damit rückt auch das massenmediale Publikum stärker in den Blick. Wie gehen Bürger und Bürgerinnen mit Politikangeboten in den Medien um, welche Vorstellungen von Politik entwickeln sie, welche Rolle spielen mediale und interpersonale politische Kommunikation in ihrem Alltag? Der Band beschreibt die grundlegenden Veränderungen der medialen Umwelt, die sich vor allem seit der Etablierung des dualen Rundfunks mit der Kommerzialisierung, der Digitalisierung und der Globalisierung der Medien vollzogen haben. Programmvermehrung, Ausdifferenzierung von Zielgruppenangeboten, zunehmende Unterhaltungsorientierung und Marginalisierung von Politik markieren diesen Wandel. Die Veränderungen beschränken sich nicht auf das Mediensystem selbst, sondern implizieren weit reichende Folgen für das Publikum, das seine Mediennutzung im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten realisiert, aus dem angebotenen Material ein Politikbild konstruiert, sich in kleinere Zielgruppen ausdifferenziert und möglicherweise in den neuen Technologien neue Informations- und Partizipationschancen entdeckt. Auch die politischen Akteure, die mit der Herstellung und Darstellung von Politik beschäftigt sind, reagieren auf den medialen Wandel, indem sie – die Medienlogik antizipierend – ihre Botschaften personalisiert, unterhaltend, vereinfacht und zielgruppengerecht gestalten und durch Pseudoevents Medienaufmerksamkeit generieren. Die Mediatisierung der Politik und das den neuen Bedingungen angepasste Rezeptionsverhalten des Publikums verändern die gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesse und die Struktur politischer Öffentlichkeit in Deutschland. Damit steht die Zukunft der Demokratie im Allgemeinen und die Legitimität politischer Entscheidungen im Besonderen zur Debatte.

Der Band behandelt diesen Problemkontext in vier größeren Abschnitten. Im ersten Abschnitt (Grundlegung und disziplinäre Zugänge) werden einige demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Grundlagen (Max Kaase, Otfried Jarren) sowie die wichtigsten Veränderungen im Mediensystem (Ulrich Saxer) diskutiert. Während die Beiträge von Kaase und Saxer eher beschwichtigenden Charakter haben, klingen bei Jarren vor allem in Bezug auf die Marginalisierung von Politik und die Segmentierung der Öffentlichkeit deutlich skeptischere Töne an.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit Strukturen, Prozessen und Strategien der Politikvermittlung. Klaus-Dieter Altmeppen und Martin Löffelholz beleuchten neuere Ergebnisse zum journalistischen Selbstverständnis und rücken verbreitete Vorstellungen zurecht, Journalisten sähen sich als „vierte Gewalt" und übten – durch Wahlen nicht legitimiert – erheblichen Einfluss auf das politische Geschehen aus. Die normativ gesetzte Kontrollfunktion von Medien sei vielmehr durch die meist unzureichende journalistische Infrastruktur teilweise außer Kraft gesetzt und müsse stärker aktiviert werden. Für ein nur beschränktes Einflusspotenzial der Journalisten spricht auch der Beitrag von Günter Bentele, der die Abhängigkeit journalistischer Arbeit von entsprechenden PR-Aktivitäten betont. Ohne politische PR könne der Journalismus seine Aufgaben bei der Herstellung von Öffentlichkeit kaum mehr bewältigen.

Drei Beiträge fokussieren auf die spezifischen Bedingungen der Politikvermittlung von Print- und elektronischen Medien. Während Jürgen Wilke sich mit der stark vernachlässigten Gat-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-116 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tung der Printmedien beschäftigt, fokussieren Frank Marcinkowski und Jens Tenscher auf die elektronische Medien, vor allem aber auf die Berichterstattung des Fernsehens. Wilke rehabilitiert die Zeitungen und Zeitschriften als Basismedien der Information und Meinungsbildung. Wegen ihrer ausführlichen Hintergrundberichterstattung seien gerade sie für einen rationalen Diskurs unverzichtbar. Einige Zeitungen und Magazine erfüllten darüber hinaus Meinungsführungsfunktionen in der öffentlichen Diskussion. Marcinkowski und Tenscher thematisieren die Parallelität der zunehmenden Unterhaltungsorientierung in Fernsehangebot und Fernsehnutzung. Obwohl Tenscher die Marginalisierung von Politik etwas kritischer beurteilt als Marcinkowski, besteht Einigkeit darüber, dass keine Hinweise auf eine durch die Angebotsstruktur des Fernsehens verursachte Politikverdrossenheit vorliegen.

Der letzte Beitrag des zweiten Abschnitts befasst sich mit den Konsequenzen von „Globalisierung und medientechnischer Revolution". Hans Kleinsteuber und Barbara Thomaß problematisieren die im Zuge der Entstaatlichung von Medienpolitik schwindenden Regulierungsmöglichkeiten. Die Unterwerfung der Politikvermittlung unter wirtschaftliche Interessen ließe eine Qualitätsverschlechterung des Medienangebots erwarten. Andererseits berge der interaktive Charakter der neuen Medien auch Partizipationsmöglichkeiten für das Publikum. Ob diese jedoch genutzt würden und auf Resonanz im politischen System stießen, sei noch nicht abzusehen.

Im dritten Abschnitt des Sammelbandes (Regierungssystem und Politikvermittlung: Mediatisierung von Politik, demokratische Willensbildung und politische Entscheidungsfindung) werden die unterschiedlichen politischen Akteure (Regierungen, Parlamente, Parteien, Protestakteure, Wähler) in den Blick genommen. Barbara Pfetsch untersucht die Bedingungen der Regierungskommunikation, Edwin Czerwick beschäftigt sich mit der parlamentarischen Politikvermittlung und Sigrid Baringhorst analysiert die Öffentlichkeitsarbeit von Protestakteuren. Eine etwas andere Perspektive nimmt der Beitrag von Ulrich Sarcinelli zu den Parteien ein. Hier werden nicht so sehr deren spezifische Vermittlungsaktivitäten thematisiert, sondern der Bedeutungsverlust der Parteien wird in Beziehung gesetzt zu allgemeineren Tendenzen der Modernisierung. Rüdiger Schmidt-Becks Beitrag zum Kommunikationsverhalten der Wähler weist ebenfalls eine andere Blickrichtung auf. In komplexen Analysen illustriert er den Zusammenhang von politischem Interesse, politischen Prädispositionen, Mediennutzung, interpersonaler Kommunikation und Parteipräferenzen. Medien erwiesen sich dabei als weniger einflussreich als die interpersonalen Kontakte im engen persönlichen Umfeld.

Im letzten Abschnitt (Die Bürger als Zuschauer, Betroffene und als Akteure: Zur Nutzung und Wirkung von Medien) geht es vor allem um die Bedeutung von Politik und politischer Mediennutzung im Alltag des Publikums. Michael Schenks Beitrag schließt inhaltlich an die Arbeit von Schmidt-Beck an, da auch hier die Einbettung der Medienkommunikation in das gesamte Kommunikationsumfeld untersucht wird. Medien sorgten zwar für die Erstinformation, die Bewertung dieser Informationen erfolge jedoch in den persönlichen Netzwerken des Publikums. Damit stehe nicht nur der verbreitete medienzentrierte Öffentlichkeitsbegriff zur Disposition, sondern auch die Vorstellung eines starken Medieneinflusses. Uwe Hasebrink untersucht die Entwicklung der Mediennutzung im Zeitverlauf. Insgesamt zeige sich eine Abnahme der Reichweiten politischer Information. Vor allem Jüngere und politisch wenig Interessierte würden von politischen Informationsangeboten nur schlecht erreicht. Allerdings müsse von der Idealvorstellung „gute Politikvermittlung" setze umfangreiche Nutzung und aufmerksame Rezeption voraus, Abstand genommen werden. Im Sinne des Modells der Alltagsrationalität (Brosius) könne es durchaus rational sein, bestimmte Politikangebote nicht zu nutzen. Der Beitrag von Heinz Bonfadelli beschäftigt sich mit der Politikwahrnehmung von Jugendlichen. Politik habe als abstrakter, ichferner Bereich einen randständigen Stellenwert in der Lebenswelt von Jugendlichen. Erst mit zunehmendem Alter und politischem Wissen werde das politische Interesse langsam geweckt und das Interesse an politischen Medieninhalten angeregt. In dem abschließenden Beitrag von Ulrich Sarcinelli und Manfred Wissel wird vor den Gefahren politischer Desinformiertheit gewarnt und die Dringlichkeit politischer Bildungsarbeit unterstrichen. Dabei dürften die große Menge und die durch die neuen Medien noch verbes-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-116 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

serte Zugänglichkeit zu Informationsangeboten jedoch nicht mit höherer Informiertheit gleichgesetzt werden. Nicht alle Bevölkerungssegmente profitierten in gleicher Weise von zunehmenden Informationsflüssen. Gleichwohl böten die technischen Innovationen neue Chancen politischer Beteiligung und politischer Bildung.

Leider sind die Beiträge sind nicht immer optimal aufeinander abgestimmt, so dass teilweise erhebliche Redundanzen entstehen. Auch ist die Zuordnung der Einzelbeiträge zu den vier großen Abschnitten nicht immer nachvollziehbar. Vor allem die Zusammenstellung der sehr heterogenen Beiträge im zweiten Abschnitt (Medialer Wandel und Politikvermittlung: Strukturen, Prozesse und Strategien) erwecken den Eindruck einer gewissen Beliebigkeit. Abgesehen von diesen kleineren Schwächen bei der redaktionellen Konzeption und Bearbeitung lässt sich der Sammelband vorbehaltlos zur Lektüre empfehlen. Er enthält weitgehend interessante und qualitativ hochwertige Einzelbeiträge aus unterschiedlichen Fächern. Die transdisziplinäre Zusammensetzung der Autoren und die Vielfalt der Perspektiven und Befunde spiegelt die Komplexität des Forschungsgegenstands und gewährt gerade dadurch einen hervorragenden Überblick über die Arbeiten zum Bereich Politik und Medien. Angesichts der zunehmenden Bedeutung und rasanten Entwicklung dieses noch relativ jungen Forschungsbereichs darf man gespannt sein auf den in weiteren 10 Jahren zweifellos fälligen Nachfolgeband.

Christiane Eilders

**Peter Sicking**

**Leben ohne Fernsehen**

Eine qualitative Nichtfernseherstudie

Wiesbaden: DUV 1998. – 260 S.

(zgl. Münster: Universität, Diss.)

ISBN 3-8244-4305-8

Das Fernsehen ist häufig Gegenstand öffentlicher Debatten, und Kommunikationswissenschaftler sind häufig enttäuscht über den undifferenzierten Umgang mit ihren Befunden. Man nimmt die Differenzierung des Publikums zur Kenntnis, aber schweigt sich darüber aus, als würde auch hier eine Spirale wirken. Die empirische Detailanalyse ist der Wahrheit nah, aber der Aufmerksamkeit fern. Dass das Medium der Massen auf der Suche nach der richtigen Ansprache von Zielgruppen Streuverluste beklagt, ist in diesem Zusammenhang eine Beobachtung, die zunächst nur das Publikum selbst im Blick hat. Am Rande und jenseits dieses „audience flow" aber konzentriert sich die Abstinenz und der Verzicht auf (fast) tägliche Information und Unterhaltung durch das Leitmedium der Gegenwart. Es ist ein marginales Phänomen, mit dem sich Peter Sicking in seiner Studie auseinander setzt. Aber er tritt an, den unzulänglichen Behandlungen der Nichtfernseher entgegenzuwirken, und setzt zugleich auf die Karte „Differenzierung", die ihm in diesem Themenfeld vielleicht mehr Aufmerksamkeit sichern wird.

Vor mehr als 20 Jahren hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt der deutschen Bevölkerung die Empfehlung gegeben, doch einen fernsehfreien Tag pro Woche anzustreben. Heute liegt die Tagesreichweite des Fernsehens knapp über 70 Prozent. Mit anderen Worten: 30 Prozent der Bevölkerung werden täglich nicht erreicht, aber es sind am Montag andere als am Dienstag, und am Mittwoch vielleicht andere als am Sonntag usw. Optimistisch gesprochen: Die von der GfK-Fernsehforschung registrierte Fernsehnutzung lässt den Schluss zu, dass die Mehrheit der Zuschauer in Deutschland dem damaligen Wunsch aus Bonn vorausgeeilt oder gefolgt ist. Mit „Bildschirmverachtung", wie es der Publizist Gerhard Prager einmal formulierte, hat dieser Verzicht wenig zu tun, sondern mit Erreichbarkeit und anderen Verpflichtungen.

Jenseits dieser wechselnden Zuschauerschaft schätzt man die Zahl der generellen Nichtfernseher in Deutschland auf ein bis eineinhalb Millionen Menschen. Welche empirische Grundlage dieser Schätzung zugrunde liegt, wird dort, wo diese Zahl Erwähnung findet, nicht erörtert. Auch die vorliegende Arbeit enthält dazu keine Auskünfte. Sie versteht sich als qualitative Analyse, die ein „handlungstheoretisch fundiertes Analysekonzept entwickelt" (S. 10), das einer umfassenderen Behandlung dieser Teilgruppe den zu berücksichtigenden Rahmen vorgeben soll. Denn die qualitative Vorgehensweise findet nicht nur ihren Niederschlag in der Zahl der „Fälle", sondern auch in der Präsentation des erhobenen „Materials". Die über Hörfunk und Tageszeitung erfolgte Akquisition



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-116 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY